

ARNDT HOPFMANN

Westeuropäische Integration und osteuropäischer Kapitalismus

Etwa zur selben Zeit, als in der Mehrzahl westeuropäischer Hauptstädte noch emsig an der »Punktlandung« bei den Konvergenzkriterien, deren Erfüllung zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion berechtigen soll, »gearbeitet« wurde, ist bekanntlich eine wichtige Vorentscheidung für die angezielte »Osterweiterung« der Europäischen Union (EU) gefallen.

Nachdem auf dem EU-Gipfeltreffen im Juni 1993 in Kopenhagen drei Qualifikationskriterien¹ für eine EU-Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Reformländer aufgestellt wurden, bemühten sich zunächst zehn Länder um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Vom Luxemburger Gipfel Mitte Dezember 1997 wurden allerdings nach der Formel »fünf osteuropäische Länder plus Zypern« (5 + 1) nur Estland, Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn für den heißen Start der Beitrittsverhandlungen ab April 1998 ausgewählt. Die anderen Bewerber wurden zwar auch zum offiziellen Verhandlungsauftritt am 30. März 1998 nach Brüssel eingeladen, aber auf einen später vielleicht möglichen Beitritt vertröstet.

Zur gleichen Zeit, in der erste praktische Schritte in Richtung EU-Osterweiterung gemacht werden sollen – realistischerweise wird allerdings nicht mit ersten Beitritten von mittel- und osteuropäischen Ländern vor 2005 gerechnet –, vollzieht sich in Westeuropa der Übergang zur Währungsunion und damit zur Einführung des EURO als Einheitswährung innerhalb der EU (mit Ausnahme der Staaten, die zunächst nicht teilnehmen wollen – Dänemark, Großbritannien, Schweden – und Griechenlands, das sich nicht »qualifiziert« hat). Mit diesen beiden Meilensteinen zur Neuordnung Europas unter der Herrschaft einer innerhalb der EU transnational organisierten »Hegemonialkoalition«² findet in Europa jene Periode ihren Abschluss, die gemeinhin als »Ende des Kalten Krieges« bezeichnet wird.

Europa am Ende des Kalten Krieges

Wahrscheinlich beschreibt die vom britischen Sozialwissenschaftler Peter Gowan geprägte Metapher vom Ende des Kalten Krieges, das gegenwärtig zu Ende geht³, ziemlich genau die aktuelle Situation in Europa. Das Ende des Kalten Krieges war nämlich kein kurzer historischer Moment um die Jahreswende 1989/90, als in Europa mit der Implosion der staatssozialistischen Systeme das »kurze 20. Jahrhundert« zu Ende gegangen ist, sondern eine sich an

Arndt Hopfmann – Jg. 1956, Dr. oec., arbeitet zur Zeit in einem von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekt zum Thema »Transformation zu einem mittelosteuropäischen Typ des Kapitalismus« am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin; Mitglied der Redaktion von »UTOPIE kreativ«.

1 Als Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft wurden im Juni 1993 in Kopenhagen folgende Kriterien benannt:

(A) »institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrnehmung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten«; (B) »funktionsfähige Marktwirtschaft, einschließlich der Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten«;

(C) »Übernahme der Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben, und Zustimmung zu den Zielen der Wirtschafts- und Währungsunion«.

2 »Unter (einer) transnationalen Herrschaftssynthese ist eine relativ stabile soziale Formation zu verstehen, deren Gruppen sowohl über kompatible Interessenlagen verfügen, wie sie in der Lage sind, ihre Interessen durchzusetzen, um sich gleichsam über die Mechanismen der Weltökonomie als Hegemonialkoalition zu stabilisieren.«

Bernd Röttger: EG-metropolitane Integration und die Krise linker Wirtschaftspolitik, in: PROKLA, Nr. 92, 23(1993)3, S. 478.

3 »The end of the Cold War is itself now coming to an end, as Europe enters a new phase marked by the redivision of the continent.« Peter Gowan: The Dynamics of European Enlargement, in: Labour Focus on Eastern Europe, No. 56, (spring 1997), p. 4.

4 Dieter Klein hat für die Durchsetzung des neoliberalen Globalisierungsprojekts den Begriff »rückfällige Moderne« geprägt, für die »jene Momente der Rücknahme politischer Kultur, sozialstaatlicher Entwicklung, republikanischen Verfassungsdenkens und moralischen Anstands, die sich in Deutschland wie international abzeichnen« (Klein 1993: 164), charakteristisch sind.

5 »Die politische Ökonomie der politischen Arenen des neoliberalen Europäismus ist bestimmt durch die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, die in der

diesen Moment anschließende Periode, in der die Koordinaten europäischer Entwicklung neu bestimmt wurden. In erster Annäherung handelt es sich bei dieser Neubestimmung europäischer Entwicklungsszenarien um den qualvollen Abschied von hehren Illusionen, die im Verlauf der Jahrzehnte diesseits und jenseits des »Eisernen Vorhangs« bereits die Gestalt schier unumstößlicher mystischer Glaubenssätze angenommen hatten.

Im Westen schien sich mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus die modernisierungstheoretische Annahme von der langfristigen Alternativlosigkeit von (sozialer) Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie – die von Francis Fukuyama auf die griffige Formel vom »Ende der Geschichte« gebracht wurde – grandios zu bestätigen. Das Modell des Sozialstaates wurde intellektuell aus seinen historisch-spezifischen Entstehungs- und Existenzbedingungen gelöst und als kapitalistische Vergesellschaftungsweise stilisiert, von der angenommen wurde, daß hinter sie historisch nicht mehr zurückgegangen werden könne. In dieser Vorstellung hatte der Westen ein Entwicklungsstadium erreicht, das für die Länder der »Dritten Welt« und für die Reformländer des europäischen Ostens das Entwicklungsziel schlechthin abgab. Auf der Tagesordnung standen daher insbesondere Anpassungsstrategien, die im Süden via »Strukturanpassung« und im Osten mittels »Transformation« unter maßgeblicher Anleitung und Kontrolle (»carrots and sticks«) durch die internationalen Finanzinstitutionen (vor allem Weltbank, Internationaler Währungsfonds und Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) ins Werk gesetzt werden sollten. Gerade nach dem Ende der Blockkonfrontation wurde im Zuge der nunmehr zum universellen Entwicklungsmodell mystifizierten neoliberalen Globalisierung allerdings deutlich, daß im Gegensatz zu den euphemistischen Annahmen von der Unumkehrbarkeit sozialstaatlicher Errungenschaften sehr wohl Zurücknahmen von Wohlstand und Rückfälle in längst überwunden geglaubte Politikformen möglich sind.⁴ Der »neoliberale Globalismus« erwies sich als »Projekt der Redistribution sozialer Macht zugunsten des transnational agierenden Kapitals« und der »massiven Umverteilung des gesellschaftlichen surplus« (Röttger 1997: 174 und 167) durch die Verbetriebswirtschaftlichung von gesellschaftlicher Regulation und sozialen Beziehungen – und das nicht nur im nationalstaatlichen Raum, sondern zunehmend in gesamteuropäischer Dimension⁵.

In den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas war die Euphorie hinsichtlich der vermeintlich außerordentlich günstigen postsocialistischen Entwicklungsperspektiven eher noch größer als im Westen. Nicht nur, daß das Transformationsziel – der westeuropäische Sozialstaat – bekannt schien, auch die Aussicht auf eine relativ kurze Übergangsperiode – wenn nur der nötige Radikalismus an den Tag gelegt und die Anweisungen selbst ernannter »Experten« aus dem Westen eifrig befolgt würden – bildeten den Nährboden für die abenteuerlichsten Strategien einer Transformation zur Marktwirtschaft (in höchstens 500 Tagen, wie z.B. ein in Rußland initiiertes Konzept glauben machen wollte). Inzwischen ist allerorten Ernüchterung, wenn nicht gar Enttäuschung einge-

kehrt. Der erhoffte schnelle Übergang hat sich als handfeste, langwierige Transformationskrise entpuppt. Statt Sozialstaatlichkeit hat nahezu überall eine ungeahnte Polarisierung von Reichtum und Armut sowie eine scharfe Ausdifferenzierung sozialer Milieus Einzug gehalten. Die Realeinkommen großer Bevölkerungsgruppen sind dramatisch gefallen, während sich einige wenige maßlos bereichern konnten. Die Wirtschaft wurde in großem Umfang deindustrialisiert, informalisiert und in einigen Regionen auch kriminalisiert. Von der Wirtschaftsleistung wie von den Sozialstandards der letzten Vorwendejahre sind die meisten Transformationsgesellschaften noch weit entfernt. Und auch die westliche Unterstützung hat sich als unzureichend, fehlorientiert und vor allem als von kurz-sichtigen Interessen geleitet erwiesen.

Mit dem Sterben der Illusionen ist gleichzeitig das Ende des Kalten Krieges als historischer Zeitabschnitt erreicht.

Mittel- und Osteuropa auf dem Weg zu einem besonderen Typ des Kapitalismus?

Ausgerüstet mit neoliberalen Lehrbuchgewißheiten über das Funktionieren kapitalistischer Marktwirtschaften versuchten zunächst die mehr oder weniger radikalen Reformer im Osten und ihre westlichen Berater »seitenverkehrten Leninismus« (Gowan 1995) zu praktizieren und statt einer sozialistischen nunmehr eine kapitalistische Gesellschaft planvoll zu schaffen. Allerdings hat sich dann – wie auch nicht anders zu erwarten war – rasch herausgestellt, daß eine Wirtschaftstheorie, die darauf abzielt, mit einigen wenigen ›dürren‹ Abstraktionen (wie z.B. die caeteris paribus Klausel) und wirklichkeitsentrückten mathematisch-schematischen Modellen die Kräfte und Interdependenzen der Ökonomie zu erklären, nicht nur weit an den funktionalen Realitäten westlicher Marktgesellschaften vorbei operiert, sondern auch nichts sinnvolles über deren Herausbildung auszusagen weiß.⁶ Ohne theoretisch fundierte Vorstellung vom Prozeß der Entstehung, resp. der politisch gesteuerten Schaffung eines komplexen bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs, in dem alle wesentlichen Elemente einander gleichzeitig zur Voraussetzung und zum reproduktiven Resultat haben, blieb schließlich nur die Flucht in die Radikalität – Marktwirtschaft sollte mittels »Schocktherapie« quasi über Nacht als »Gesamtkunstwerk« eingeführt werden. Obwohl es sicherlich einige bemerkenswerte Unterschiede in der Durchführung der Wirtschaftsreformen gab, wurde so doch in allen Transformationsländern grundsätzlich dasselbe Transformationskonzept verfolgt (vgl. Götz 1997: 258), das nicht nur zu einer historisch beispiellosen Liberalisierung (und Chaotisierung) vieler Volkswirtschaften geführt hat, sondern auch einige »unerwartete« soziostrukturelle Ergebnisse hervorbrachte.

Das Fehlschlagen des Versuchs, eine kapitalistische Gesellschaft nach Lehrbuchvorgaben retortenmäßig zu konstruieren, resultiert vor allem aus der bereits in ihren theoretischen Prämissen eingeschriebenen ahistorischen Raum- und Zeitvergessenheit der angewandten neoliberalen Transformationskonzepte. Die Entstehung und spezifische Ausprägung kapitalistischer Vergesellschaftungsformen war jedoch zu keiner Zeit unabhängig von den konkret-

Transformation des kapitalistischen Klassensystems selbst gründen. Letztlich verdichtet und konkretisiert sich so das Herrschaftsprojekt neoliberaler Globalisierung zur euro-kapitalistischen Regulation...«

Bernd Röttger: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster 1997, S. 191.

6 »Heute ist nüchtern festzustellen, daß die traditionelle ökonomische Theorie ... nicht in der Lage ist, einen konsistenten Transformationspfad zu begründen.« Kurt Hübner: Wege nach Nirgendwo: Ökonomische Theorie und osteuropäische Transformation, in PROKLA, Nr. 89, S. 565.

historischen Voraussetzungen und von den jeweils besonders gestalteten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Daß sich die Entwicklungsbedingungen für alle Nachzügler – d.h. für all jene, die sich nach Großbritannien auf den steinig, aber auch verheißungsvollen Weg kapitalistischer Entwicklung begeben haben – in Abhängigkeit von Raum und Zeit sehr unterschiedlich darstellen, vermutete bereits Karl Marx, der in seinen inzwischen berühmten Briefentwürfen zu einer Antwort an Vera I. Sassulitsch (vgl. MEW, Bd. 19: 384ff.) eingeräumt hat, daß er (im »Kapital«) lediglich die Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa untersucht hat und daß die Entwicklung des Kapitalismus in Osteuropa durch eine Vielzahl historisch-konkreter Umstände geprägt, und daher auch nicht vorhersagbar, sein würde.

Ohne hier alle notwendigen Details darstellen zu können, kann doch vorausgesetzt werden, daß – außer vielleicht in der neoklassischen ökonomischen Theorie – allgemein anerkannt ist, daß die Herausbildung kapitalistischer Gesellschaften historisch erst möglich wird, wenn in einer Gesellschaft ein bestimmter Grad technischer Entwicklung und arbeitsteiliger Ausdifferenzierung erreicht wurde. Kapitalistische Gesellschaften müssen daher als komplexe Systeme begriffen werden, in denen unterschiedliche Subsysteme verschiedenartige Ressourcen für die Entwicklung und den Zusammenhalt des gesellschaftlichen Ganzen bereitstellen müssen. Das ökonomische Subsystem ist spezialisiert auf die Mobilisierung materieller Ressourcen und bestimmt grundlegend die Verteilung dieser Ressourcen zwischen den sozialen Gruppen. Insofern konstituiert der Zusammenhang von konkreter Arbeit (Aneignung des Naturstoffs) und den formationsspezifischen Produktionsverhältnissen (Formen gesellschaftlicher Organisation der Naturaneignung) den Kern der Vergesellschaftungsweise (vgl. Röttger 1997: 27), dem auch eine jeweils spezifische soziale Stratifikation eingeschrieben ist. Im politischen Subsystem – das nur unter analytischen Gesichtspunkten vom ökonomischen getrennt werden kann – wird politische Unterstützung für das ökonomische Subsystem dadurch mobilisiert, daß seine Existenz ideologisch gerechtfertigt und seine Funktionsdefizite durch Umverteilungsmechanismen und das Recht auf Beteiligung in bestimmten, begrenzten Sphären der Entscheidungsfindung (Wahlrecht, Mitbestimmung) teilweise kompensiert werden. Das kulturelle Subsystem schließlich ist spezialisiert auf die Hervorbringung von Normen und Werten, die das Handeln der Individuen – mehr oder weniger im Unterbewußtsein – systemkonform leiten.

All dies zusammengekommen verdeutlicht, daß die Herausbildung marktwirtschaftlicher Verhältnisse und die in ihnen virulenten Entwicklungstrends in starkem Maße von den regional unterschiedlichen historisch-kulturellen Voraussetzungen geprägt werden. Bezogen auf ihre Voraussetzungen ist die jeweils konkrete Form kapitalistischer Entwicklung daher »pfadabhängig«. Jedoch sind die sich regional ausprägenden kapitalistischen Entwicklungsmuster nicht nur räumlich – d.h. von den spezifischen Gegebenheiten einer Region –, sondern auch zeitlich – d.h. vom Zeitpunkt des Übergangs zum Kapitalismus – determiniert. Es sind die jeweils

historisch verschiedenen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die erfolversprechende Entwicklungsstrategie und die Erfolgchancen ›nachholender Entwicklung‹ im kapitalistischen Weltssystem überhaupt maßgeblich bestimmen. Und hier stehen die östlichen Transformationsgesellschaften vor der grandiosen Herausforderung, sich in einen zunehmend globalisierten, von raschen technologischen Umwälzungen und weltumspannenden Finanztransaktionen geprägten sowie durch transnational agierende Konzerne vermacherten Weltmarkt ›erfolgreich‹ zu integrieren – ein Unterfangen, das angesichts einer verschärften Standortkonkurrenz nicht nur extrem anspruchsvoll, sondern hinsichtlich der Erfolgsaussichten auch ausgesprochen unsicher ist.⁷

In Anbetracht der spezifischen historischen Ausgangs- und Rahmenbedingungen, unter denen sich die Transformation zu Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie in Mittel- und Osteuropa ausgangs des 20. Jahrhunderts vollzieht, scheint daher die Hypothese gerechtfertigt, daß sich in dieser Region mit großer Wahrscheinlichkeit ein besonderer Typ eines »mittelosteuropäischen« Kapitalismus herausbilden wird, dessen Merkmale allerdings noch näher zu bestimmen wären.

(West)Europa auf einem anderen Integrationspfad?

Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa schien es zunächst so, als ob sich die von westeuropäischen Politikern nahezu zeitgleich vollmundig in Aussicht gestellte Osterweiterung der EU ähnlich den aus der sogenannten Süderweiterung bereits bekannten Prozeduren vollziehen würde (vgl. Hades/Stupp 1996). Obwohl dieses Szenario den inzwischen eingetretenen grundlegenden weltwirtschaftlichen Veränderungen nicht gerecht wird, wird das Problem der Integration von mittel- und osteuropäischen Ländern in die EU noch bis heute von einschlägigen wissenschaftlichen Einrichtungen – z.B. von der Forschungsgruppe Europa an der Universität München, die jährlich einen »Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit« mittel- und osteuropäischer Staaten veröffentlicht (vgl. z.B. Weidenfeld 1995) – so behandelt, als ob im Zuge der Osterweiterung innerhalb der EU kaum einschneidende Reformen notwendig wären – eingeräumt wird das im allgemeinen lediglich für den Agrarsektor. Allein die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten hätten demnach Anpassungsleistungen an bereits im Vorfeld fixierte »Kriterien der Integrationsfähigkeit« zu erbringen.

Die Realität unterscheidet sich jedoch wesentlich von derartigen – bisweilen recht einfältig erscheinenden – (Fehl)Interpretationen der Situation innerhalb der EU. Unter dem Druck der zunehmenden Konkurrenz von anderen weltwirtschaftlichen Blöcken, insbesondere durch die NAFTA in Nordamerika und die um Japan zentrierten arbeitsteiligen Strukturen in Fernost, wurden sukzessive auch die Ziele des europäischen Integrationsprojekts gravierend modifiziert.⁸ Nach 1989 begann sich die Europapolitik der wichtigsten EU-Mitgliedsländer vor allem darauf zu konzentrieren, eine »weltmarktgemäße« Wettbewerbs- und Machtpolitik zu konstituieren und das institutionelle System der EU und innerhalb einzelner Länder den neuen Gegebenheiten anzupassen (vgl. Altvater/

7 »Die gleichzeitige Herstellung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur am ›Standort‹ und die Härtung der Währung auf den Devisenmärkten, um eine Strategie des ›globalen Protektionismus‹ verfolgen zu können, ist unter den realökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen in den meisten Transformationsgesellschaften und angesichts der harten Weltmarktkonkurrenz schwer bis ausgeschlossen.«
Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 466.

8 »Die Konkurrenzfähigkeit innerhalb der Triade (Nordamerika, Fernost, EU – AH.) avancierte endgültig zum entscheidenden Parameter der Wirtschaftspolitik.«
Bernd Röttger: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster 1997, S. 163.

Mahnkopf 1993). Die Sicherung von Wettbewerbsvorteilen der EU-Region gegenüber auswärtigen Konkurrenten erlangt dabei oberste Priorität. Zu diesem Zweck soll der Integrationsprozeß, der als Kehrseite der Globalisierungstendenz, als Abwehrstrategie gegen den vom Weltmarkt ausgehenden Konkurrenzdruck verstanden werden muß, rasch weiter voran gebracht, d.h. vor allem vertieft, werden. Dabei wird dem nunmehr dominierenden Ziel »Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt« die bis dahin der westeuropäischen Integration zugrunde liegende einende Idee einer Angleichung der sozialen Standards in den Mitgliedsländern weitgehend geopfert. Die einst angestrebte Homogenisierung der Produktions- und der Lebensbedingungen, die ursprünglich als langfristiges Ziel die EG/EU-Gründungsmitglieder einte und die die westeuropäische Gemeinschaft nicht zuletzt so attraktiv für die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten gemacht hat, widerspricht offensichtlich dem jetzt alles beherrschenden Zwang zur Konkurrenzfähigkeit. Unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung kann es nicht länger um größtmögliche Homogenität gehen – Differenzierung und Diversifizierung der Produktionsstandorte steht auf der Tagesordnung. Zur Herstellung von weltmarktgemäßen Strukturen ist es weder notwendig noch wünschenswert, 20 »silicon valleys« innerhalb der EU zu haben. Vielmehr bedarf es für die Realisierung der neuen Zielparame-ter sowohl modernster Forschungs- und Entwicklungszentren, als auch Billig-Lohn-Regionen und nicht zuletzt auch solcher Gebiete, aus denen die erforderlichen natürlichen Ressourcen »kostengünstig« extrahiert werden können (vgl. u.a. Lipietz 1997). Der neue Geist, der die europäische Integration beseelt, lobpreist daher Heterogenität statt Homogenität. Ein wirtschaftlich und politisch integriertes Europa muß zum Frommen der globalen Wettbewerbsfähigkeit ein Europa der Unterschiede in den Produktionsstandorten wie in den Lebensbedingungen sein (vgl. Bieling 1995; Ziltener 1995) – dazu hat vor allem das Abkommen von Maastricht den Weg geebnet.⁹

9 »Der Maastricht-Prozeß wird zu einem Europa mit deutlich unterschiedlichen Arbeitslosenquoten führen, mit schwachen Mechanismen der Umverteilung und privater Aneignung von Renten zugunsten einer bestimmten Region.«

Hartmut Elsenhans: Europäische Einigung unter dem Druck der Globalisierung, Leipzig, S. 16 (mimeo).

Allerdings sind die Wirkungen der Globalisierungstendenz auf den Integrationsprozeß innerhalb der EU nicht nur auf die Ausdifferenzierung von Standorten gerichtet. Wettbewerbsfähigkeit entsteht nämlich nicht nur durch die Verfügung über vielfältige, unterschiedliche Produktionsbedingungen schlechthin. Es geht auch um die Formierung von Wirtschaftsregionen, die an der Spitze des weltweiten Innovationswettbewerbs eine Vorreiterrolle spielen können. Daher bedingt ein erfolgreiches Integrations-szenario auch größere Homogenität innerhalb von Kernregionen, in denen staatlich massiv subventionierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, hoch gebildetes und qualifiziertes Personal und moderne Kommunikationsnetzwerke verfügbar sind. Gerade der Wettlauf um Direktinvestitionen durch transnationale Konzerne in innovativen Wirtschaftszweigen und um die damit verbundenen Hochlohn-arbeitsplätze erweist sich als mächtige Triebkraft für die Vertiefung des Integrationsprozesses durch die führenden wirtschaftlichen und politischen Mächte innerhalb der EU (vgl. Röttger 1993). Um jedoch die notwendige Vielfalt der Verwertungsbedingungen zu sichern, ist es unausweichlich, daß die potenten Kernregionen von

den Subregionen geschieden werden, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Voraussetzungen für high-tech-Standorte zu erfüllen.

Und genau das soll mit Hilfe des Maastricht-Vertrages bewerkstelligt werden.¹⁰ Die Fixierung von »Konvergenzkriterien« zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion dient vor allem dem Zweck, einen scheinbar objektiven Mechanismus zu etablieren, der die zukünftigen Kernregionen von den weniger entwickelten EU-Territorien scheidet. Daß es sich hier natürlich auch um einen hochgradig politisch gesteuerten Prozeß handelt, offenbart nicht zuletzt die kürzlich verkündete Liste der Qualifikanten für den Start der Währungsunion. Dabei fallen vor allem zwei Merkwürdigkeiten ins Auge. Zum einen fixierte sich die gesamte offizielle Aufgeregtheit auf ein einziges unter vier Kriterien – auf den Bugetsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Dieses Kriterium, das nur und vor allem am Jahresende 1997 die erforderliche Dreiprozentmarge nicht überschreiten durfte, unterliegt bekanntlich in besonderem Maße politischer Steuerungsfähigkeit, weil es besonders sensibel gegenüber »Einmaleffekten« (Verkauf von Staats Eigentum, Hinausschieben von kreditfinanzierten Ausgaben, Errichtung von Schattenhaushalten u.ä.) ist. So verwundert es auch kaum, daß es alle Qualifikanten – höchst wahrscheinlich nur unter größter Kraftanstrengung und einmalig – »erfüllt« haben. Zum anderen fällt auf, daß das zweite Kriterium – nämlich das Verhältnis der gesamten Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt, das nur von vier Ländern (Luxemburg, Großbritannien, Finnland und Frankreich) unter der erforderlichen 60-Prozentmarke gehalten werden konnte – auf einmal gar keine (politische) Rolle mehr spielt. Am Ende bleibt nur Griechenland von der Teilnahme an der Währungsunion bis auf weiteres ausgeschlossen.

Da nun aber auch bei den Beitrittsaspiranten der 5 + 1-Gruppe davon auszugehen ist, daß sie nicht von Beginn an in die Währungsunion integriert werden, könnte Griechenland leicht zu einem Kristallisationskern von »zweitklassigen« EU-Mitgliedsstaaten werden, die faktisch eine Semiperipherie um die europäisch unionierten Kernländer bilden. Der Rest der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer würde schließlich als billige Rohstoffe und Arbeitskräfte bereitstellende Peripherie den neuen transeuropäischen Wirtschaftsstandort komplettieren.¹¹ Aber auch die Gerade-noch-Qualifizierten, wie z. B. Italien, Spanien und Portugal, gegen deren Teilnahme an der Währungsunion zum Teil erhebliche Bedenken laut wurden, dürfen sich noch nicht auf der sicheren Seite wähnen, denn sie könnten leicht zu den Regionen gehören, die – weil sie den Wechselkurs nicht mehr als Puffermechanismus benutzen können – ihre unterlegene Wettbewerbsposition innerhalb der EU mit steigenden Arbeitslosenquoten bzw. stärkeren Lohnsenkungen quittieren müssen (vgl. Elsenhans 1997: 16).

Abzuwarten bleibt, welche Wirkungen durch die Herausbildung eines »mittelosteuropäischen Typs« des Kapitalismus, mit wahrscheinlich niedrigen Sozialstandards, niedrigen Reallöhnen, hohem Grad der Informalisierung von Wirtschaft und Politik, aber auch hohen Profitraten, auf das westeuropäische Modell eines sozialstaatlich orientierten, »rheinischen Kapitalismus« (Albert 1991) ausgehen werden.

10 »Maastricht war möglich, weil die tragende Koalition glaubte, damit die demokratischen Gefährdungen ihrer Bereicherungsansprüche ausschalten zu können.«

Hartmut Elsenhans: Europäische Einigung unter dem Druck der Globalisierung, Leipzig, S. 18 (mimeo).

11 »Die strukturschwachen osteuropäischen Länder werden der EU zunehmend »angegliedert«, ohne wie normale Mitglieder ein Mitspracherecht und ein Recht auf Finanzzuschüsse zu haben.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, in: Widerspruch, Nr. 29, S. 107.

Literatur

- Albert, Michel (1991): *Capitalisme contre Capitalisme*, Paris.
- Altvater, Elmar, Mahnkopf, Birgit (1996): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, Münster.
- Altvater, Elmar, Mahnkopf, Birgit (1993): *Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung*, Münster.
- Bieling, Hans Jürgen (1995): Maastricht, neoliberale Hegemonie, deutsche Machtpolitik, in: *Widerspruch*, Nr. 29, S. 39-49.
- Elsenhans, Hartmut (1996): *Europäische Einigung unter dem Druck der Globalisierung*, Leipzig (mimeo).
- Götz, Roland (1997): Transformationspolitik und Wirtschaftsentwicklung im Osten Europas: Versuch einer statistischen Analyse, in: *Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien: Der Osten im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation*, München und Wien, S. 258-266.
- Gowan, Peter (1997): *The Dynamics of European Enlargement*, in: *Labour Focus on Eastern Europe*, No. 56 (Spring), pp. 4-28.
- Gowan, Peter (1996): *Neo-Liberal Theory and Practice for Eastern Europe*, in: *new left review*, No. 213 (September/October), pp. 3-60.
- Hardes, Heinz-Dieter, Stupp, Stefan (1996): *Die Integration Südeuropas: Wirtschaftlicher Wegweiser für eine Osterweiterung der Europäischen Union?*, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, 41(1996)4, S. 354-383.
- Holtbrügge, Dirk (1996): *Ökonomische Voraussetzungen und Folgen einer Osterweiterung der Europäischen Union*, in: *Osteuropa*, 46(1996)6, S. 537-547.
- Hübner, Kurt (1992): *Wege nach Nirgendwo: Ökonomische Theorie und osteuropäische Transformation*, in: *PROKLA*, Nr. 89, S. 552-579.
- Izik Hedri, Gabriella (1993): *Die EG und die Staaten des »Visegräder Dreiecks«*, in: *Osteuropa*, 43(1993)2, S. 154-166.
- Juchler, Jakob (1995): *Die osteuropäische Krise und die Integration Europas*, in: *Widerspruch*, Nr. 29, S. 101-109.
- Klein, Dieter (1993): *Rückwirkungen. Über westliche Folgen von östlichem Wandel*, in: Brie, Michael, Klein, Dieter: *Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage*, Berlin, S. 124-168.
- Laski, Kazimierz (1995): *Economic Reforms in Central Eastern Europe Since 1989: a Critical Re-Evaluation of Some Aspects from the Point of View of the Theory of Effective Demand*, Paper presented at the workshop in Budapest, Hungary, on September 15 - 16, 1995.
- Lipietz, Alain (1997): *Die Welt des Postfordismus. Über die strukturellen Veränderungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften*, in: *Supplement der Zeitschrift »Sozialismus«*, 7-8/97.
- Marx, Karl: *Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch*, in: *MEW*, Bd. 19, S. 384-406.
- Pintarits, Sylvia (1996): *Macht, Demokratie und Region in Europa: Analysen und Szenarien der Integration und Desintegration*, Marburg.
- Röttger, Bernd (1997): *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes*, Münster.
- Bernd Röttger (1993): *EG-metropolitane Integration und die Krise linker Wirtschaftspolitik*, in: *PROKLA*, Nr. 92, S. 473 -490.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (1995): *Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union, Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit*, Gütersloh.
- Ziltener, Patrick (1995): *EU-Entwicklungsperspektiven und -blockaden*, in: *Widerspruch*, Nr. 29, S. 80-94.